

Deutschland hat Zukunft | Pflege – Reformbedarf für gute Versorgung und generationengerechte Finanzierung

Montag, 9. März 2026, um 09:30 Uhr

hbw | Haus der Bayerischen Wirtschaft, ConferenceArea, Europasaal

Max-Joseph-Straße 5, 80333 München

Pflege – Reformbedarf für Versorgungssicherheit und Finanzierbarkeit

Bertram Brossardt

Hauptgeschäftsführer

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

Es gilt das gesprochene Wort.

Meine Damen und Herren,

herzlich willkommen hier
im Haus der Bayerischen Wirtschaft
zu unserem Deutschland-hat-Zukunft-Kongress
„Pflege – Reformbedarf für gute Versorgung
und generationengerechte Finanzierung“.

Wir übertragen diesen Kongress
auch per Livestream. Besonders herzlich
begrüße ich die heute aktiv Beteiligten:

- Professorin Dr. Christine Arentz
vom Institut für Versicherungswesen
der Technischen Hochschule Köln,
- Katrin Staffler, Mitglied des
Deutschen Bundestages für die CSU und
Bevollmächtigte der Bundesregierung
für Pflege,
- Bettina Plettl, Geschäftsführerin der
MediVital Sozialstation,
- Andreas Hanna-Krahl, Mitglied des
Bayerischen Landestags und Sprecher der

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für
Gesundheit und Pflege.

Schön, dass Sie sich alle die Zeit nehmen
und mit uns diskutieren!

Hier vor Ort heiße ich willkommen

- den Vorsitzenden der Landesgruppe
Bayern des Bundesverbands privater
Anbieter sozialer Dienste, Kai Kasri,
lieber Kai,
- die Geschäftsführerin des
Arbeitgeberverbands Pflege,
Isabell Halletz, liebe Isabell,
- und die Geschäftsführerin des Verbands
für die Oberflächenveredelung von
Aluminium, Dr. Alexa Becker, liebe Alexa.

[weitere namentliche Begrüßungen]

Meine Damen und Herren,

der heutige Kongress nimmt eine der größten Herausforderungen für Politik und Gesellschaft in den Fokus.

Es geht um nicht weniger als die Frage, wie wir künftig flächendeckend hochwertige Pflegeversorgung sicherstellen:

Pflegeversorgung, die finanzierbar ist und zugleich die Lasten zwischen den Generationen fair verteilt.

Schon beim vergangenen Kongress zu diesem Thema habe ich gesagt: In der Pflege herrscht Alarmstufe Rot. Mittlerweile sind wir bei Dunkelrot angelangt.

Die Zahl der Pflegebedürftigen steigt – auf bis zu 7,6 Millionen bis zum Jahr 2055. Dabei werden die Pflegezeiten immer länger.

Die Folgen sind vielfältig.

Erstens: Wir brauchen Versorgungsstrukturen, die dem wachsenden Bedarf standhalten.

Zweitens müssen wir einen Finanzierungsweg finden, den wir uns auch tatsächlich leisten können.

Der Handlungsbedarf ist akut. Umso enttäuschender ist, dass die Bund-Länder-Arbeitsgruppe Zukunftspakt Pflege keine belastbaren Vorschläge für Reformen vorgelegt hat. Vor allem beim Thema Finanzierung stehen mehr Fragezeichen als Antworten im Abschlussbericht.

Das ist bitter. Denn die Kosten der sozialen Pflegeversicherung laufen aus dem Ruder. Der Anstieg des Beitragssatzes zur sozialen Pflegeversicherung ließ sich zuletzt nur verhindern durch ein Darlehen aus dem Bundeshaushalt.

Eine nachhaltige Lösung ist das nicht.

Es kann in Zukunft nicht mehr darum gehen,

- Finanzierungslöcher in der Pflegeversicherung zu stopfen
- und gleichzeitig ihre Leistungen auszuweiten durch eine Begrenzung der Eigenanteile.

Wir brauchen stattdessen echte Strukturreformen, die bei der Pflege beide Enden zusammenbringen.

Zum einen muss die Finanzierungsfrage nachhaltig und generationengerecht gelöst werden. Frau Professor Arentz wird uns gleich Reformoptionen vorstellen und die Ergebnisse der Bund-Länder-Arbeitsgruppe aus wissenschaftlicher Perspektive einordnen.

Zum anderen muss eine gute flächendeckende Pflegeversorgung sichergestellt werden.

Auch hiervon sind wir weit entfernt.

Lassen Sie mich zunächst auf die Finanzierungsfragen eingehen.

Nicht nur mit Blick auf die Beitragssätze stoßen wir an Belastungsgrenzen. Gleiches gilt für die individuellen Eigenanteile, die Pflegebedürftige zahlen müssen, wenn sie im Heim sind. Im Schnitt liegen diese mittlerweile bei über 3200 Euro monatlich im ersten Jahr. Solche Beträge schrecken ab und führen zu der Sorge, ob man sich die eigene Pflege noch leisten kann. Das ist nachvollziehbar.

Die Antwort darauf kann aber unseres Erachtens nicht lauten: Pflegevollversicherung und weitgehende Deckelung der Eigenanteile. Diese immer wieder ins Feld geführte Option würde laut dem Wissenschaftlichen Institut der Privaten Krankenversicherung Zusatzbelastungen auslösen zwischen 100 und fast 140 Milliarden Euro bis zum Jahr 2040.

Zudem wäre ein solcher Deckel sozial ungerecht. Entlasten würde er auch jene, die für ihre Pflege gar keine finanzielle Unterstützung

benötigen. Das IW Köln hat hierzu kürzlich festgestellt: Etwa zwei Drittel der Rentnerhaushalte könnten eine stationäre Pflege über mehrere Jahre aus eigener Kraft finanzieren. Auch diese Personen würden von einer Deckelung der Eigenanteile profitieren, obwohl sie nicht bedürftig sind.

Für uns als Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft ist deshalb klar: Wir brauchen als Ergänzung zur umlagefinanzierten sozialen Pflegeversicherung eine verpflichtende private Vorsorge.

Diese zweite Säule der Pflegevorsorge muss dann für die Kosten aufkommen,

- die durch die gesetzliche Pflegeversicherung nicht getragen werden
- und aufgrund der demografischen Entwicklung auch nicht getragen werden können.

Ein solches Finanzierungssystem wäre gerecht!
Denn es verhindert eine übermäßige Belastung
der jüngeren Beitragszahler. Zudem können
Geringverdiener unterstützt werden, wenn sie
sich die Versicherungsprämien bei der
Privatvorsorge nicht leisten können.

In Zukunft gilt es aber auch, die
Versorgungsstrukturen an den wachsenden
Bedarf anzupassen.

Auch hier sprechen die Zahlen eine
ernüchternde Sprache. Im vergangenen Jahr ist
unter dem Strich in Deutschland kein einziges
zusätzliches Pflegeheim entstanden.

Es fehlt nicht nur an Personal in der Pflege,
es fehlt auch an Pflegeplätzen.

Um eine flächendeckende und hochwertige
Versorgung aufrecht zu erhalten, müssen
Betreiber von ambulanten und stationären
Pflegedienstleistungen verlässliche
Rahmenbedingungen vorfinden.

Hieran mangelt es aktuell.

Es darf nicht der Normalfall sein, dass man monatelang auf die Vergütung erbrachter Leistungen wartet.

Besonders kritisch ist hier die Situation bei der Hilfe zur Pflege. Nach Berechnungen des Bundesverbands privater Anbieter sozialer Dienste belaufen sich die Zahlungsrückstände der Sozialhilfebehörden auf fast eine halbe Milliarde Euro – allein gegenüber den vollstationären Pflegeeinrichtungen.

Es ist völlig klar: die deshalb unvermeidliche Vorfinanzierung überfordert die Betreiber. Hier muss dringend und rasch Abhilfe geschaffen werden, wenn wir auch künftig eine wohnortnahe und qualitativ hochwertige Pflegeversorgung sicherstellen wollen.

Gleichzeitig warne ich davor, die Kommunalisierung der Altenpflege für die mustergültige Lösung zu halten.

Die Kommunen sind in der Fläche sowohl operativ als auch finanziell überlastet. Ihnen weitere Aufgaben zu übertragen, ist nicht zielführend.

Mit Blick auf den Personalbedarf in der Pflege brauchen wir ein Maßnahmenbündel.

Dazu müssen in erster Linie die Arbeitsbedingungen in den Pflegeberufen attraktiver werden – nicht nur, um neues Personal zu gewinnen, sondern auch, um Menschen im Pflegeberuf zu halten.

Es führt zugleich kein Weg daran vorbei: wir brauchen auch künftig vermehrt Pflegekräfte aus dem Ausland.

Notwendig ist hierzu, Standards bei der Anerkennung ausländischer Berufsqualifikation zu vereinfachen und Bürokratie abzubauen.

Das in Bayern eingeführte Fast-Lane-Verfahren zur Beschleunigung der Einreise- und

Anerkennungsverfahren für ausländische Pflegefachkräfte ist ein Game Changer. Es hat die Verfahren deutlich schneller gemacht. Weitere Verbesserungen könnten erreicht werden durch einen stärkeren Fokus auf Kompetenzfeststellungen anstelle von Anerkennung.

Neben zusätzlichem Personal müssen wir auch Effizienzreserven in der Pflege heben. Zum Beispiel, indem man konsequent technische und digitale Lösungen nutzt – auch, um Pflegekräfte zu entlasten. Damit sich das in der Praxis durchsetzt, müssen solche Innovationen allerdings adäquat mit der Pflegeversicherung abgerechnet werden können.

Meine Damen und Herren,

man kann ohne Übertreibung festhalten:
Die Herausforderungen in der Pflege sind riesig.
In vielerlei Hinsicht ist sie
selbst zum Pflegefall geworden.

Die Bundesregierung muss jetzt rasch Anstrengungen unternehmen, um den aktuellen Notstand zu beheben. Das ist für die bayerische Wirtschaft von großer Bedeutung.

Wohnortnahe Pflegeversorgung ist ein Standortfaktor.

Hochwertige Pflegeversorgung ist aber auch und vor allem ein Gebot der Mitmenschlichkeit und damit auch für uns ein Herzensanliegen.

In diesem Sinne danke ich für Ihre Aufmerksamkeit und übergebe das Wort an Frau Professor Arentz.